Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 60 (2005)

Heft: 2

Artikel: "Die Lebensmittelkette beginnt am Ladentisch und endet an der Stalltür"

Autor: Fischler, Franz / Hugi, Beat

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891525

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Die Lebensmittelkette beginnt am Ladentisch und endet an der Stalltür»

Mitte April sprach Dr. Franz Fischler in Landquart an einer Tagung der Schweizerischen Gesellschaft für Agrarwirtschaft und Agrarsoziologie über die Rolle und Ziele der EU in der WTO und die Konsequenzen für die Landwirtschaft. Anschliessend stand Fischler, von 1995 bis Ende 2004 EU-Kommissar für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Fischerei, kultur und politik Red und Antwort. Über Bio, die Österreicher, «Geiz ist geil»-Parolen und die landwirtschaftlichen Sahnehäubchen in den EU-Staaten.

kultur und politik: Franz Fischler, Sie stammen doch aus einer Bauernfamilie…

Franz Fischler: …wobei meine Eltern schon keine Bauern mehr waren. Meine Grosseltern haben als Landwirte noch eine kleine Landwirtschaft im Tirol betrieben. Ich bin daher auf einem Bauernhof aufgewachsen und habe als Kind auf diesem Hof auch noch gearbeitet.

Liegt dort der Keim für Ihre Agronomie-Studien?

Das mag einen gewissen Einfluss gehabt haben. Mich hat aber vor allem auch die Kombination von Naturwissenschaften und ökonomischen Wissenschaften interessiert. Diese Ganzheitlichkeit…

…die sich ja dann auch durch Ihr ganzes Leben…

…und meine Berufslaufbahn gezogen hat…

…vom österreichischen Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft über das EU-Kommissariat bis zum heutigen Hochschuldozenten und privaten Consulter.

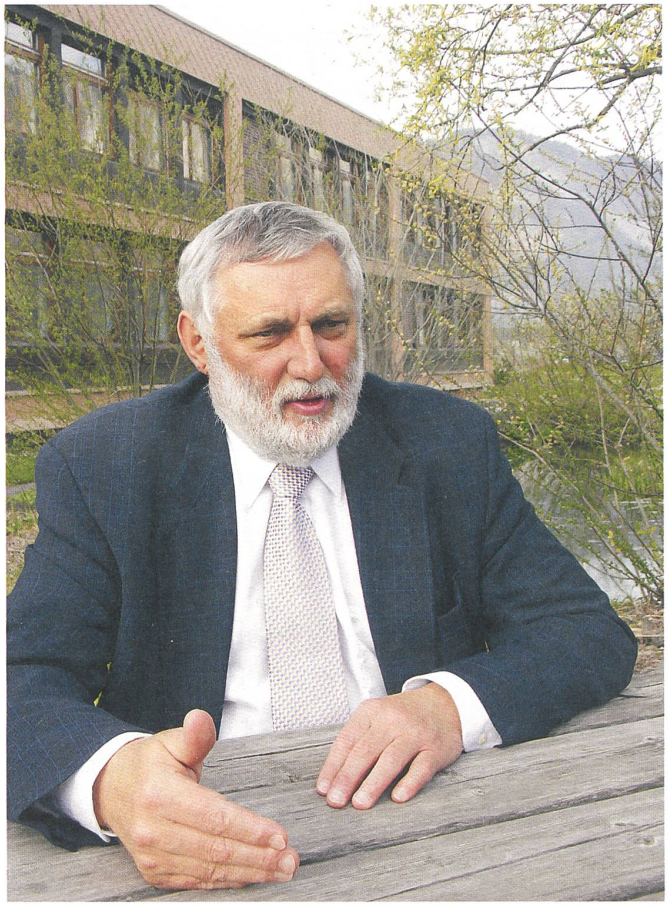
Wie also soll ein Bauer in dieser Ganzheitlichkeit von Ökologie und Ökonomie heute funktionieren?

Ich bin nun schon der Meinung, dass die Nachkriegsordnungen und die Art und Weise, wie man Agrarpolitik in den fünfziger bis Ende der achtziger Jahre betrieben hat, die ökonomische Funktion der Bauern zu einem gewissen Grad hat verkümmern lassen. Man hat zumindest bei uns in Österreich die Meinung vertreten, dass der Bauer sich um das Produzieren kümmern soll, das Vermarkten besorgen dann die Genossenschaften und für den Preis soll der Staat verantwortlich sein. Für mich ist die Einsicht wichtig, dass der Bauer selbst auf seinem Hof den Spagat schaffen muss zwischen biologischen und technischen Notwenigkeiten und der Sorge darum, dass er auch etwas ökonomisch Sinnvolles tut.

Aber gleichzeitig noch auf die Hilfe des Staates zählen kann?

Spricht man hier von Hilfe, erweckt man den Eindruck, dass der Staat Almosen an den Bauern verteilen muss, weil es ihm sonst schlecht geht. Es geht dabei aber nicht um eine rein soziale Frage. Fakt ist, dass der Bauer zwar seine Agrarprodukte, seinen Weizen, seine Milch und sein Fleisch produziert, dass er aber gleichzeitig mit dieser Produktion auch ein anderes Produkt produziert, nämlich Landschaft und Umwelt. Beide Produkte haben einen Anspruch auf Bezahlung. Bezahle ich sie nicht, wird es sie langfristig auch nicht mehr geben. Das muss einem klar sein. Es ist eine Illusion zu glauben, dass unsere Landschaften nur deswegen, weil der Bauer sie mit Hilfe von Agrarproduktion produziert, gleich ausschauen würden, wenn wir diesen öffentlichen Teil seiner Leistungen nicht bezahlen. Dann erzwingt man nämlich, dass sich unsere Landwirte in den Wettbewerb mit den anderen Konkurrenten auf der Welt begeben und dass sie dann genauso agieren, wie diese andern schon: auf Kosten der Umwelt. Wie wir es ja aus brasilianischen und sonstigen Beispielen bestens kennen. Wollen wir das nicht, so muss uns auch die Pflege der Landschaft etwas wert sein.

Fotos: Janosch Hugi



EU-Kommissar Franz Fischler prägte in den letzten Jahren nicht nur in Österreich, sondern auch in der ganzen EU die Agrarpolitik.

Wie kann die kleinbäuerliche, kleinräumige, regionale Landwirtschaft gegenüber einer gross-

flächigen, industriellen Landwirtschaftsproduktion bestehen?

Die Landwirtschaft ist nach wie vor als Ganzes eines der strategischen Fundamente eines Staatswesens. Das kann man nicht einfach beiseite lassen. Natürlich würden uns die Brasilianer all das, was wir zum Essen brauchen, auch produzieren. Aber man müsste sich mal die Konsequenzen vorstellen, wenn wir wirklich nichts mehr produzieren würden. Dann würden sich auch die Preise ziemlich drastisch ändern. In einer Krisensituation sind wir der Willkür von äusseren Mächten ausgeliefert. Ein gewisser Aussenschutz ist also durchaus berechtigt. Zudem: die Tatsache, dass wir auch mit kleinen Betrieben in unguten Lagen Landwirtschaft betreiben und gerade dort wertvollste Kulturlandschaften zu Stande bringen, rechtfertigt, dass die Abgeltung der öffentlichen Hand nicht auf jeder Hektare gleich hoch sein muss. Sondern, dass man dort auch Unterschiede macht.

Und festlegt, mit welchen Methoden man es macht?

Methoden, die umweltfreundlich sind, verursachen mehr Kosten. Wenn wir als Gesellschaft eine solche umweltfreundliche Landwirtschaft haben wollen, müssen wir auch für diese zusätzlichen Kosten aufkommen.

Auch als Konsumentinnen und Konsumenten am Markt?

Nicht so sehr, als dass man per se höhere Preise rechtfertigt. Wobei man hier viel mit der Deklaration erreichen kann. Wie bei den Bioprodukten. Die KonsumentInnen sind durchaus bereit, einen etwas höheren Preis für solche Produkte zu zahlen. Da sind Unterschiede am Markt berechtigt. Mit zwei Voraussetzungen: Die erste ist, dass es der Konsument am Produkt erkennen kann, dass es also eine entsprechende Kennzeichnung der Produkte gibt und dass diese Kennzeichnungen auch klar geregelt und streng kon-

trolliert werden. Ein Thema, das auch in der EU eine grosse Rolle spielt und entsprechend funktioniert. Das muss natürlich auch im internationalen Handel eine Rolle spielen. Darüber hinaus ist es schon wichtig, den KonsumentInnen eines klar zu machen: Wenn sie im Supermarkt in ein Regal greifen und ein Produkt herausnehmen, fällen sie mit diesem Griff gleichzeitig eine Entscheidung darüber, ob sie jetzt lieber einen Teil der brasilianischen Pampas fördern oder ob sie mit ihrem Kauf sicherstellen wollen, dass die eigene Umgebung, der eigene Lebensraum und die Erholungslandschaft weiter erhalten bleiben. Da muss man sehr vorsichtig sein. Das eine ist die Höhe der Preise und das andere ist gewissermassen das Produkt an sich. Denn es gilt auch bei niedrigen Preisen: Wird das heimische Produkt nicht gekauft, geht die Möglichkeit für den heimischen Bauern, dieses Produkt herzustellen, verloren. Ebenso verringert sich die Möglichkeit, dass er für uns mit landwirtschaftlichen Methoden Landschaftspflege betreiben kann.

Statt dieses Bewusstsein zu hegen, skandiert man heute bei uns hier lieber die «Geiz ist Geil»-Parolen.

Das geschieht doch in weiten Teilen Europas. Ich glaube aber an die kleinen Unterschiede. KonsumentInnen, die auf Qualität achten, sind in ihrem Ernährungsverhalten nachweislich eher konservativ. Sie haben jene Produkte am liebsten, die der regionalen Küche entsprechen. Wir haben in Österreich die Probe aufs Exempel machen müssen. Österreich liegt bekanntlich mitten im EU-Raum. Im Süden Italien, im Norden Deutschland, beides potente Anbieter von Agrarprodukten. Wie wir 1995 in die EU gekommen sind, haben Wirtschaftsforscher hochgerechnet, dass mindestens ein Drittel der heimischen Produktion durch Importware ersetzt werden wird. Nach den ersten zehn Jahren stellen wir nun fest, dass das überhaupt nicht so war. Der Austausch ist unter zehn Prozent geblieben. Das zeigt doch, dass unsere KonsumentInnen ein sehr konservatives Verständnis vom Essen und Trinken haben. Allerdings wächst hier auch ein Fragezeichen. Durch die geänderten Arbeitsbedingungen, dadurch, dass die Leute keine Zeit mehr haben, zu kochen, daher lieber vorgefertigte Produkte kaufen, wird dieser konservative Effekt immer stärker verwischt. Denn beim Hersteller von Tiefkühlkost sieht alles etwas anders aus. Der schreibt seinen Bedarf aus und kauft seine Rohprodukte dort ein, wo er sie am günstigsten bekommt. Eine Entwicklung, die wir aufmerksam beobachten müssen. Ich sage aber auch Folgendes: Man lebt ja immer von der Vorstellung, dass es die Lebensmittelkette gibt, die im Stall beginnt und am Ladentisch endet. In Wirklichkeit ist es doch gerade umgekehrt. Die Kette beginnt am Ladentisch und endet an der Stalltür. Diesen Unterschied muss man sowohl den Landwirten wie den KonsumentInnen klar machen. Und dann wird rasch einsehbar, dass es die Landwirte sind, die ihren KonsumentInnen am besten klar machen können, welchen Sinn es macht, dass sie beim Gang durch den Supermarkt zur heimischen Ware greifen müssen. Zumindest dann, wenn die Preisunterschiede vertretbar sind. Und dass sie nicht aus lauter Oberflächlichkeit das Nächstbeste aus dem Regal holen.

Der Preis ist die Knacknuss?

Natürlich gibt es die KonsumentInnen, die nur auf den Preis schauen. Ihnen ist die Qualität nicht wichtig. Für die sind all die Dinge sekundär, die ich vorher versucht habe darzulegen. Sie schauen nur nach den Sonderangeboten. Es gibt aber auch qualitätsbewusste KonsumentInnen, die im Prinzip bereit sind, für Marken- und Qualitätsware einen höheren Preis zu zahlen. Wobei auch sie im Supermarkt vergleichen, welches unter den Qualitätsprodukten das günstigste ist. Auch hier gibt es den Wettbewerb. Diesem Wettbewerb muss man sich stellen. Ein anderes Problem ist die Marktkonzentration, die ja sehr unterschiedlich ist. Beim Handel am grössten, beim Bauern am geringsten. Der einzelne Bauer spielt im Lebensmittelmarkt an sich ja keine Rolle, ausser er ist ein Selbstvermarkter. Diese Selbstvermarktung soll man durchaus fördern. Nur muss man sich im Klaren darüber sein, dass dies immer eine Nische bleiben wird. Der Hauptteil des Lebensmittelumsatzes wird in den hochentwickelten Industriestaaten in der Regel von fünf grossen Anbietern gemacht.

In der Schweiz sind es…

…deren 2–3. In Österreich sorgen die fünf grössten Anbieter für rund 90 Prozent des Lebensmittelumsatzes. Damit muss man sich einfach beschäftigen. Wie nun kann man den Landwirt entlang dieser Wertschöpfungskette länger beteiligen? Da spielen in einer modernen arbeitsteiligen Wirtschaft sofort die logistischen Fragen eine grosse Rolle. Da kommt auch das Interesse hinzu, dass immer mehr Lebensmittelhersteller einen genau definierten Rohstoff haben wollen. Und wenn sie jemanden finden, der ihnen das Gewünschte genau so liefert, wie sie das haben wollen, zahlen sie dem auch entsprechend höhere Preise. Stellt sich die Frage, ob das die Bauern nicht gleich selber organisieren können, in Form von Produktionsgemeinschaften etwa. Ein Konzept, das wir in der EU heute stark fördern. Es greift in verschiedenen Bereichen ganz gut, gerade auch bei den BioproduzentInnen. Es geht mir also primär darum, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, wie man mit marktwirtschaftlichen Strategien und Taktiken das Maximum aus dem Markt herausholt. Das ist aufwändiger und komplexer als früher. Das bedarf auch einer höheren Bildung der Bauern, bedarf auch mehr Verständnis über das Funktionieren von Märkten, damit das Ganze dann auch in Schwung kommen und in Schwung gehalten werden kann.

Müssten wir nicht das Bioland Schweiz oder das Bioland Österreich ausrufen, um im liberalisierten Markt überhaupt zu bestehen?

Ich weiss nicht, ob das sehr realistisch ist – für die Schweiz vermute ich es, für Österreich weiss ich es: Es ist kaum realistisch, ganz Österreich zu einem Bioland machen zu wollen. Damit würde man bloss einen Riesenkrieg unter den Bauern lostreten. Die Bauern würden nicht mitspielen. Gewisse Regionen zu einer Bioregion zu machen, halte ich hingegen für durchaus denkbar. Da produzieren oft eh schon ¾ der Betriebe Bio.

Wie im schweizerischen Graubünden.

Aus einem ganzen Kanton eine Bioregion zu machen, halte ich für ein sehr vielversprechendes Konzept. Hier würden auch die logistischen Fragen sinnvoll angegangen: Eine Biofrischmilch, ein Biokäse oder Biojogurt lässt sich ja viel besser organisieren, wenn in der ganzen Umgebung alle Bauern Biobauern sind und damit allein schon beim Einsammeln der Biomilch vieles einfacher geht. Zudem glaube ich, dass man solche Konzepte sehr gut mit dem Tourismus kombinieren kann. Gerade im Alpenraum. Ein Erholungsgebiet wie die Graubünden lässt sich in der Tourismuswerbung erfolgreich als Bioregion vermarkten. Da ergeben sich gute Synergien. Die Frage der Synergien ist letztlich auch eine der Kernfragen erfolgreichen Wirtschaftens.

Rolle und Ziele der EU in der WTO: Konsequenzen für die Landwirtschaft

Dieser Text von Franz Fischler war Grundlage für sein frei gehaltenes Powerpoint-Referat in Landquart vom 14. April 2005.

Die Europäische Union bekennt sich seit langem zu einem multilateralen Ansatz im internationalen Handel. Daher ist es nur folgerichtig, dass sie sich für einen «rulebased approach» stark macht. Jede Handelsrunde hat zwar nicht immer im erwünschten Ausmass , aber doch deutliche Fortschritte für die Bedingungen des internationalen Handels gebracht. Die Europäische Union gehört daher zu den Initiatoren der Doha-Entwicklungsrunde.

Die europäischen Ziele für diese Runde sind:

> verbesserte Handelsbedingungen für die Entwicklungsländer

> weiterer Abbau von Handelshindernissen im Industrie- und Dienstleistungssektor

> Handelserleichterungen und Beseitigung von bürokratischen Handelsbarrieren

Speziell in der Landwirtschaft geht es um:

> die drastische Reduktion von handelsverzerrenden Fördermassnahmen, die uneingeschränkte Fortsetzung der nicht handelsverzerrenden Förderungen und damit um die Aufrechterhaltung des Boxensystems;

> einen verbesserten Marktzugang bei gleichzeitigem Schutz «sensibler Produkte» und die Beibehaltung des Tarifquotensystems;

> das parallele Auslaufen aller Exportförderungspraktiken bis zum Ende der Umsetzungsperiode;

> die Lösung verschiedener Nichthandelsfragen, wie z. B. die Beachtung des Vorbeugeprinzips, die Akzeptanz des Tierschutzes, den Schutz von Herkunftsbezeichnungen oder den Umgang mit GMO-Produkten;

> die spezielle und unterschiedliche Behandlung der Entwicklungsländer.

In dem im August 2004 erreichten Rahmenabkommen sind zwar die wesentlichen Agrarhandelsforderungen abgedeckt, noch nicht aber die Nichthandelsfragen.

Die Europäische Union hat bereits im Jahr 2003 ihre Agrarpolitik grundlegend reformiert, sodass aus dem Rahmenabkommen kein neuerlicher Reformbedarf entsteht.

Ökonomisch wird sich der seit Jahren anhaltende Trend fortsetzen, und die Europäische Union wird sich nicht stärker von einem agrarischen Grundproduktexporteur in einen Finalproduktexporteur umwandeln müssen.

Auf der Importseite ist die EU in der Zwischenzeit zu einem Nettoimporteur geworden und absorbiert mehr Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern als die USA, Australien, Kanada und Japan zusammen.

Jetzt geht es darum, die genauen Modalitäten festzulegen, erst dann wird man die gesamten Auswirkungen der Doha-Runde im Detail bewerten können.

Franz Fischler

Ist das im Umfeld der WTO-Verhandlungen zu schaffen?

Aber ja doch. Das ist 100-prozentig WTO-kompatibel. Auch in und für die EU. Es wird ja niemand zum Biobauern gezwungen. Wer aber Biolandbau betreibt, hat Anspruch auf eine Zusatzförderung, die der Nichtbiobauer nicht bekommt. Und der Biobauer kriegt in der Umstellungsphase, der bittersten Phase für den Biobauern, noch was obendrauf. Das sind alles 100-prozentige Greenbox-Massnahmen.

Die in der WTO ungefährdet sind?

Will man solche Dinge nicht mehr zulassen, ist das das Ende vom Lied. Dann fliegt die WTO auseinander. Das wird aber nicht passieren. Denn eines ist allen Beteiligten klar: Kommt die laufende WTO-Runde und damit der Nutzen für alle nicht zustande, ist der Schaden viel grösser, als wenn gewisse Förderungen von Staates wegen gewährt werden. An diesem Prinzip hält auch die EU strickte fest. Die WTO ist nur dazu da, Handelsverzerrungen zu verhindern. Somit ist es keine WTO-relevante Frage, ob ich den Bauern eine Förderung gebe, solange diese Förderung den Wettbewerb nicht verzerrt.

Haben Sie eigentlich die Trennung von der Produktion privater und öffentlicher Güter und deren Förderung für ihre EU-Agrarreform 2003 bei den Schweizer Direktzahlungen und deren geistigem Vater Hans Popp abgeguckt?

(Lacht) Ganz so war es natürlich nicht. Ging es doch darum, in der Agrarreform 2003 der EU aus dem eigenen System heraus die bestmögliche Reform zu lancieren.

Diese Reform sind Sie als Österreicher durchaus mit dem Verständnis für die Sorgen, Nöte und Stärken einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft angegangen.

Was mir immer klar war: Landwirtschaft ist mehr als das Produzieren von Weizen und Schweinefleisch. Da ist die Meinung beispielsweise eines Südamerikaners eine ganz andere. Oder eines Australiers.

Und innerhalb der EU-Staatengemeinschaft?

Innerhalb der EU herrscht darin mehr und mehr Einigkeit. Das war natürlich lange Zeit nicht so. Heute ist das sogar im Vereinigten Königreich der Fall. Die Engländer haben eine bittere Lektion gelernt. Denn de facto war die ganze BSE-Katastrophe des vereinigten Königsreichs eine logische Folge der Liberalisierung während der Thatcher-Zeit. Frau Thatcher hat damals den öffentlichen Veterinärsdienst aufgelöst und an Private vergeben. Das hat nachweislich nicht funktioniert.

Schaut man auf die gelösten Hausaufgaben im Agrarbereich, könnte die EU problemlos der Schweiz beitreten.

(Lachend) Jedes Kandidatenland vermittelt in den Verhandlungen das Gefühl, dass es bei seinem Beitritt nur darum geht, wie die EU dem jeweiligen Kandidaten beitritt. Aber im Ernst: Es ist keine Frage, dass es im Ansatz der Agrarpolitik einen hohen Grad an Übereinstimmung zwischen der Schweiz und der EU gibt. Wenn auch auf sehr unterschiedlichem Niveau. Mit der Tatsache, dass in der Schweiz beispielsweise die Summe der Einkommen der Bauern niedriger ist als die Summe der öffentlichen Gelder, die jährlich dafür eingesetzt werden, die Landwirtschaft zu erhalten, findet man sich in einem Zustand, der uns in der EU starkes Kopfweh bereiten würde. Da fragt man sich dann schon nach der Richtigkeit des Konzepts. Heisst das doch de facto, dass aus der eigentlichen Agrarproduktion überhaupt kein Einkommen mehr kommt. In der EU macht der Anteil der Abgeltung öffentlicher Leistungen durchschnittlich gesunde 30 bis 40 Prozent aus.

Wohin die Schweiz vor einem möglichen Beitritt auch kommen muss?

Nicht genau auf dieses Niveau, nein. Wir lassen ja auch gewisse Sahnehäubchen zu, die die Mitgliedstaaten oder die jeweiligen Regionen auf Grund ihrer Besonderheiten selber ausloben und vergeben können. Das hat dann aber viel mit sozialen Fragen zu tun. Vergessen Sie nicht: Auch ein Schweizer Bauer vergleicht sich ja nicht mit einem viel weniger verdienenden griechischen Bauern. Sitzt der Schweizer Bauer am Sonntag im Wirtshaus am Stammtisch, dann interessiert ihn vielmehr das, was jene in andern Berufen in der Schweiz verdienen. Wird hier der Unterschied zu gross, wandern die Bauern in andere Jobs ab. Innerhalb der EU ist das ebenso. Ein Luxemburger Bauer hat andere Vorstellungen als der Grieche. Auf diese sozialen Unterschiede müssen wir Rücksicht nehmen. Dafür müssen und dürfen die Mitgliedstaaten selber Sorge tragen. Nur darf diese Art von Förderung der Einkommen nie handelsverzerrend sein.

Wie war das denn in Österreich?

Unsere Bauern haben in den letzten 15 Jahren viel über sich ergehen lassen müssen. Das hat schon mit der Vorbereitung auf den Beitritt zur EU begonnen. Damals lagen unsere Agrarpreise im Durchschnitt noch um 35 Prozent über den EU-Preise Die sind dann sozusagen über Nacht in einem Schritt auf EU-Niveau gesenkt worden. Zudem mussten die österreichischen Bauern dann auch noch die EU-Reform 91 und meine Agrarreform 2003 mitmachen.

Wieviele Bauern haben das überlebt?

Mehr als erwartet. Es ist interessanterweise so, dass im Durchschnitt der letzten zehn Jahre der jährliche Rückgang in Prozent an Bauern niedriger war als in den zehn Jahren zuvor. Es ist aber jetzt so, dass wir vor allem bei der Milch eine ziemlich kräftige Veränderung erleben werden. Das hängt teilweise damit zusammen, dass wir in Österreich heute die schlechteste Milchstruktur Europas haben. Im Durchschnitt hat ein österreichischer Milchbauer eine Quote von 30 000 Kilo. Deutlich niedriger als in der Schweiz. Da hat man ganz klar eine zu stark strukturerhaltende Politik betrieben. Viele Kleinstbauern stellen jetzt auf Mutterkühe um und verkaufen die Jungrinder. Damit verdienen sie zwar weniger, haben aber auch weniger Kosten und einen geringeren Arbeitsaufwand. Hier ist der Strukturwandel im Gange. Ansonsten hat der EU-Beitritt mindestens bisher keine Strukturbeschleunigung gebracht. Auch die Entwicklung der Einkommen ist durchaus vergleichbar mit den Zeiten vor dem Beitritt. Das aber war nur dank dem massiven Einstieg in die freiwilligen Agrar-Umweltprogramme der EU möglich, dank der Bergbauernförderung usw. Da haben sich viele Bauern beteiligt. Sie konnten so ihre Einkommensverluste weitgehend ausgleichen.

Wie stark hinkt ein spontaner Vergleich mit der Schweiz?

Wollte die Schweiz in die EU, würde dies sicher auch für die Schweizer Bauern eine ziemliche Umstellung bedeuten. Macht man es richtig, ist es wohl ähnlich machbar. Mit uns Österreichern haben Sie zumindest eine passable Referenzgrösse. Da lässt sich einiges an Erfahrungen einholen.

Interview: Beat Hugi